

Industrie-Einflüsse und Behördenverhalten im Fall Glyphosat

"Wissenschaftsstreit" als intelligente Verschleierungstechnik von Industrie-Interessen

Bereits 2001 spricht die Autorin Dr. Ann McCampbell in Ihrem Artikel "Multiple Chemical Sensitivity under Siege"¹ davon, dass die 'Illusion' einer Kontroverse um Existenz und Chemikalienassoziiierung bei MCS von interessierter Seite erzeugt werde. Dazu hat sich die Industrie die Gründung eigens zu diesem Zweck geschaffener Strukturen (hier z.B. ESRI)² geleistet. Demnach wurde ESRI gegründet, um "den Bedürfnissen der Industrien zu dienen, die durch MCS-Prozesse belangt werden"³. Deren vielfältige Interventionen haben nicht unwesentlich zu der globalen Leugnung umweltassoziierter Erkrankungen beigetragen unter deren Folgen unzähligen Menschen Leid, Entrechtung und gesellschaftliche Isolation aufgebürdet wurde. Ich denke, um die Wiederholung dieser erprobten Verschleierungstechnik geht es hier bei der Einschätzung des Glyphosats auch: Es soll die Illusion einer angeblich vorhandenen Kontroverse, und zwar innerhalb der scientific community, mit entsprechendem gesellschaftlichem Echo erzeugt werden. Damit die Politik zögert, das Vorsorgeprinzip anzuwenden und Gesundheitsschutzmaßnahmen zu ergreifen.

„UN-Experten: Glyphosat doch nicht krebserregend“⁴, so wagte der Stern wie auch andere Medien Aussagen über die angebliche Unsicherheit über Kanzerogenität von Glyphosat, bis hin zu der Meinung, die WHO widerspräche sich selbst zu verbreiten – Anlass waren Mitteilungen nach der Sitzung des JMPR (Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues) vom 9.-13. Mai 2016 mit dem Fazit: Es sei nicht davon auszugehen, dass die – faktisch anerkannten - Glyphosatrückstände im Essen wegen ihrer geringen Quantität zu einer Krebsentwicklung beitragen.

Die Überraschung über die Lancierung eines solchen Medienscoops kurz vor der potenziell die Wiederzulassung entscheidenden Sitzung des mit 28 Teilnehmern besetzten EU-Ausschusses hätte sich ohnehin in Grenzen halten können, denn In regelmäßigen Abständen hatte das JMPR bereits in der Vergangenheit eine „glyphosاتفreundliche“ Position eingenommen.

Dass es sich aber beim sogenannten "Wissenschaftsstreit" um eine recht intelligente Maßnahme zur allgemeinen Verwirrung und Verbergung tatsächlicher Industrie-Interessen handelt, lässt sich aus der inzwischen öffentlich vorliegenden Lektüre über die Interessenkonflikte einiger Teilnehmer entnehmen. 96 internationale unabhängige Wissenschaftler haben wiederholt in Offenen Briefen⁵ die Verletzung wissenschaftlicher Standards durch den in weiten Teilen geschwärtzten Wiederzulassungsantrag der Industrie, RAR⁶, dessen unterlassene Beanstandung wegen grober Verstöße gegen allgemeingültige wissenschaftliche Methodologie durch das begutachtende BfR wie auch der EFSA scharf kritisiert. Insofern gebührt der Rolle und Selbstdefinition der Behörden bis hinauf in die EU-Kommission hier eine gewisse Aufmerksamkeit. Es lohnt sich ein genauerer Blick hinter die Kulissen, um zu verstehen, mit

¹ <http://annmccampbell.com/publicationswritings/publication-1/> January 2001 in Townsend Letter for Doctors & Patients

² ESRI, Environmental Sensitivities Research Institute, Zitat aus McCampbell „MCS under Siege“ „[...] der Vorstand [1997] auch aus Vertretern oder Angestellten von DowElanco, Monsanto, Procter and Gamble, RISE, der Cosmetic, Toiletry and Fragrance Association und anderen Chemie-Firmen und Handelsverbänden (36) bestand.“ Quelle: 36. Donnay A, Junk science meets junk journalism, presented to the American Public Health Association, November 11, 1997

³ Zitat aus McCampbell „MCS under Siege“: „Laut "MCS Referral and Resources", einem Auskunfts- und Informationsdienst, wurde ESRI gegründet, um "den Bedürfnissen der Industrien zu dienen, die durch MCS-Prozesse belangt werden" (34)“. 34. Donnay A, Undisclosed bias and misrepresentations of Dr. Ronald Gots, MCS Referral & Resources, 8/15/96.

⁴ Stern, 17.05.2016, <http://www.stern.de/news2/un-experten--glyphosat-doch-nicht-krebserregend-6853712.html>

⁵ Siehe insbesondere Link: <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2015-11/glyphosat-pflanzenschutzmittel-krebs-risiko>

⁶ RAR, Renewal Assessment Report, auf Basis der Industrielvorlage evaluiert durch das BfR, Bundesinstitut für Risikobewertung, Hintergründe siehe http://www.bfr.bund.de/en/the_bfr_has_finalised_its_draft_report_for_the_re_evaluation_of_glyphosate-188632.html

welcher Desinformationstechnik systematisch Wissenschaftler, Politiker und die Bevölkerung verwirrt und an einer klaren Positionierung unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips gehindert werden sollen.

Institutioneller Lobbyismus

All diese Vorgänge sind nicht erklärbar, wenn nicht berücksichtigt wird, wie es zur Etablierung eines geradezu Institutionellen Lobbyismus kam. Dazu ein kurzer Rückblick auf unsere jüngere Geschichte. Ein entscheidender Bruch des Prinzips strikter Trennung von Staat und Industrie wurde mit dem „Programm Seitenwechsel“ durch die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder durchgeführt. Die Installierung eines durch und durch neoliberalen Wirtschaftssystems, das dem Markt wundersame „Selbstregulierungskräfte“ bescheinigte und somit einen Dammbbruch gegen die wirtschaftsregulatorischen Funktionen des Staates bewirkte, war dafür zwingende Voraussetzung. Dafür nämlich, dass jährlich rund 100 „Lobbyisten“, die 2004 bis 2006 als „Leihbeamte“ in obersten Bundesbehörden tätig waren fortan die Gesetzesvorlagen schreiben und die Industriesicht in den staatlichen Apparat implantieren konnten. Dass dies aber nur der Anfang eines nachhaltigen Hineinregierens der Industrie in den inzwischen durch fortwährende Selbstverschlingung kaum noch kontroll- und regulierungsfähigen Staat war, sehen wir anhand der organisierten internationalen Einflussnahme auf die Auflösung staatlicher Schutzfunktionen beim Umwelt- Gesundheits- und Verbraucherschutz, die uns BürgerInnen bereits vor CETA, TTIP, TiSA das Fürchten lehrt.

Wie weitgehend sich in einer EU mit „neoliberaler DNA“ (Privatisierungsmaxime, Einsparungszwang im Öffentlichen Dienst, Deregulierung, Zulassung von Lohndumping, Drittmittelforschung, Campus-Ökonomisierung etc.) eine immense Einflussnahme der Industrie bereits vollzogen hat zeigt die geradezu Industrie-assimierte Haltung verschiedener Institutionen, die eigens zum Schutz der Bevölkerung vor derlei schädlichen Industrie-Emissionen eingerichtet worden waren.

Hierzu ein geradezu sinnbildlich veranschaulichendes Beispiel: „Endokrine Disruptoren: die geheime Geschichte eines Skandals“ titelte Le Monde⁷ am 20.05.2016. Seit 2009 war die EU-Kommission dazu verpflichtet, Kriterien zur Definition als gefährlich eingestufte EDCs niederzulegen. Sie tat es nicht. Dafür aber intervenierten die Lobbyverbände „European Crop Protection Association“, ECPA⁸ und das „European Chemical Industry Council“, CEFIC, um eine weitere Schwächung der anstehenden Regulierung zu bewirken. Sie wollten eine „Folgenabschätzung“ in das Prozedere einführen, die überhaupt nicht vorgesehen war. Die EU-Kommission beugte sich und verhielt sich weiterhin passiv. Bis schließlich Schweden mit Unterstützung von Frankreich, Dänemark, Holland und Finnland in Einhelligkeit mit dem EU-Parlament und dem EU-Rat eine Verurteilung der EU-Kommission durch den europäischen Gerichtshof erreichte: die Kommission hätte das Gesetz der Union verletzt. Was wiederum den EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis nicht daran hinderte, noch am selben Tag an der Durchführung der Folgenabschätzung festzuhalten. Hingegen hatte der Gerichtshof ausdrücklich die Nutzung ökonomischer Überlegungen bei der Kriterien-Definition verboten.

Das erschreckende Schlaglicht, das dieser Vorgang auf die Unverantwortlichkeit der höchsten europäischen Institutionen wirft, zeichnet sich analog im Glyphosat-Streit ab.

Der BUND schreibt unter der Überschrift „WHO hat ihre Meinung zur Krebsgefahr von Glyphosat nicht revidiert“⁹: „Zwei der JMPR-Experten, Alan Boobis und Angelo Moretto, haben enge Kontakte zur Pestizidindustrie. Sie hatten Glyphosat für das JMPR bereits 2004 und 2011 für ungefährlich befunden. Unbestätigten Gerüchten zufolge sind die beiden "Berichterstatter" und "Reviewer" für Glyphosat im JMPR und damit maßgeblich für die Einschätzung verantwortlich. Das JMPR hat auch auf mehrfache Nachfrage des BUND nicht offengelegt, wer bei der aktuellen Bewertung von Glyphosat "Berichterstatter" und "Reviewer" sind.“

⁷ http://www.lemonde.fr/planete/article/2016/05/20/perturbateurs-endocriniens-l-histoire-secrete-d-un-scandale_4922907_3244.html

⁸ ECPA – siehe auch Liste der Mitglieder der „BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände“ - <http://www.ecpa.eu/our-network>

⁹ <http://www.bund.net/index.php?id=23551>

Faktenreich analysiert ein Artikel auf der Seiten der Bundestagsfraktion Die Grünen/Bündnis 90 mit dem Titel „Glyphosat - Verflechtungen der Entscheider mit der Industrie“¹⁰, dass „Industrie-Funktionäre als Bewerber“ eingesetzt würden. Dort heißt es: „Der [JMPR] Vorsitzende **Prof. Alan Boobis**¹¹ ist seit Jahren in leitender Funktion für ILSI-HESI tätig (International Life Sciences Institute; Health and Environment Sciences Institute). Dieses wird vorrangig **von Monsanto sowie weiteren Glyphosat- bzw. Pestizid-Herstellern finanziert**¹², die im Lobbyverband CropLifeInternational (CLI) organisiert sind. Monsanto und CLI gaben offenbar 2012 jeweils **mindestens 500.000 Dollar** bei einem Gesamtbudget von 2,4 Millionen.

Sein vermuteter Stellvertreter (die Bestätigung durch JMPR steht noch aus) Prof. Angelo Moretto ist im Lenkungsausschuss von HESIs RISK21-Projekt¹³. Dr. Boobis wiederum leitet dieses Projekt zusammen mit einem Vertreter des Agrochemie-Unternehmens Syngenta. Mindestens zwei weitere Teilnehmer der JMPR-Arbeitsgruppe, Dr. Raymond Tice und Dr. Aldert Piersma, sind oder waren ebenfalls in HESI-Projekte involviert.“

Verzicht auf Gefahrenbewertung

Was so brisant an dem Projekt Risk21 - außer der illustren Liste der Projektbeteiligten wie diese Pestizidhersteller: BASF, Bayer, Dow, DuPont, Monsanto, Syngenta - ist? Das wird in dem Artikel anschaulich erklärt: „Kurz gesagt fordert ILSI-HESI also ein verändertes Vorgehen bei der Risikobewertung. Statt zunächst das grundsätzliche gesundheitsschädigende Potential (englisch: hazard) eines Stoffes zu bewerten, wie IARC das tut, soll vorab eine Expositionsabschätzung vorgenommen werden. Auf Grundlage der vermuteten Belastung mit dem zu prüfenden Stoff wird dann eine Risikoabschätzung (englisch: risk assessment) vorgenommen. Der Schritt der allgemeinen Gefahrenbewertung (hazard assessment) wird übersprungen.“ Eben diese Expositionsabschätzung wurde nun dem aktuellen Beschluss des JMPR zugrunde gelegt, dass nämlich die Quantität der ubiquitären Glyphosatbelastung in den Körpern angeblich nicht ausreicht, um gesundheitliche Schädigungen zu verursachen. Quod erat demonstrandum!

Weiter heißt es im Artikel der Grünen/Bündnis 90 Bundestagsfraktion: „Der Leiter der Abteilung „Sicherheit von Pestiziden“¹⁴ im deutschen Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Glyphosat bereits im Rahmen der EU-Risikoprüfung Harmlosigkeit bescheinigte, ist ebenfalls an ILSI-HESIs RISK21-Projekt beteiligt, wenn auch nicht an der aktuellen JMPR-Bewertung: Dr. Roland Solecki.“ Die Bundesregierung „antwortete auf die Frage nach einer Tätigkeit von Dr. Solecki für ILSI-HESI lediglich mit dem Verweis auf eine einzelne Workshopeteilnahme im Jahre 2006 (siehe Bundestags-Drucksache Nr. 18/8161, Frage 14). Sie gibt an: „Eine weitergehende Zusammenarbeit hat nicht stattgefunden“. Es handelt sich dabei um eine klare Missachtung des parlamentarischen Fragerechts.“¹⁵

JOINT FAO/WHO MEETING ON PESTICIDES RESIDUES (JMPR)

- 9-13 MAY 2016 – List of experts¹⁶

BOOBIS Alan

BUSSCHERS Marloes

CERNIGLIA Carl

CORDIER Sylvaine

EASTMOND David

HARTWIG Andrea

¹⁰ <https://www.gruene-bundestag.de/themen/agrar/keine-entwarnung-glyphosat-weiterhin-wahrscheinlich-krebserregend/seite-2-hintergrund-glyphosat-verflechtungen-der-entscheider-mit-der-industrie-17-05-2016.html>

¹¹ <http://www.hesiglobal.org/i4a/pages/index.cfm?pageID=3713>

¹² http://www.theguardian.com/environment/2016/may/17/unwho-panel-in-conflict-of-interest-row-over-glyphosates-cancer-risk?CMP=share_btn_link

¹³ <http://www.hesiglobal.org/i4a/pages/index.cfm?pageid=3492>

¹⁴ http://www.bfr.bund.de/de/abteilung_sicherheit_von_pestiziden-7555.html

¹⁵ <https://www.gruene-bundestag.de/themen/agrar/keine-entwarnung-glyphosat-weiterhin-wahrscheinlich-krebserregend/seite-2-hintergrund-glyphosat-verflechtungen-der-entscheider-mit-der-industrie-17-05-2016.html>

¹⁶ http://www.who.int/foodsafety/areas_work/chemical-risks/jmpr/en/-list-of-experts.pdf

JACOBS Miriam
 LENTERS Virissa (assisting)
 MACLACHLAN Dugald
 MORETTO Angelo
 O'MULLANE Matthew
 PIERSMA Aldert
 SHAH Prakashchandra
 SMITH Rachel (assisting)
 TICE Raymond
 TOLEDANO Mireille
 YOSHIDA Midori
 ZARN Jürg - Since 2004 he worked as an expert for the
 "FAO/WHO Joint Meeting on Pesticide Residues" and since 2014
 he is member of the German "BfR Committee for Pesticides and Their Residues".

Boobis und Moretto (musste wegen seiner ILSI-HESI-Verstrickungen aus einem Beratungsgremium der EFSA ausscheiden) sind allerdings nicht die Einzigen, die unter dem Verdacht zumindest der Duldung von Interessenkonflikten stehen: „Die neue deutsche Vertreterin in der JMPR-Arbeitsgruppe, Prof. Andrea Hartwig vom Karlsruher Institut für Technologie, steht allerdings gerade in der Kritik, weil sie offenbar Interessenskonflikte bei Mitarbeiterinnen der von ihr geleiteten Ständigen Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe (MAK-Kommission) bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) über Jahre geduldet hat. Sie ist seit 2007 in Nachfolge von Prof. Greim Vorsitzende der MAK-Kommission, die der Bundesregierung Grenzwerte für Gefahrstoffe am Arbeitsplatz empfiehlt. Die Bewertung von Glyphosat soll demnächst begonnen werden.“

Ihr wird vorgeworfen eine bunte Verquickung mit Industrietätigkeiten in dem wissenschaftlichen Sekretariat der Kommission geduldet zu haben. Dies „wird seit langem von Dr. Heidrun Greim geleitet, der Ehefrau des ehemaligen Vorsitzenden der MAK-Kommission, Prof. Greim (s.o.). Unterstützt wird sie unter anderem von der langjährigen Mitarbeiterin Dr. Britta Laube. „Nebenbei“ betreiben Dr. Greim und Dr. Laube die Eurotoxis GmbH¹⁷, die Unternehmen der Chemie-, Pharma- und Kosmetikbranche dabei unterstützt, ihre Chemikalien durch die europäischen Genehmigungsverfahren zu bringen. Dr. Laube und Dr. Greim sind Haupt- und Mitautorinnen zahlreicher MAK-Publikationen.“ Weiter heißt es: „Es ist davon auszugehen, dass die genannte Konstellation Prof. Hartwig seit Jahren bekannt war. Die Abgeordneten Harald Ebner und Friedrich Ostendorff haben in einem Brief an den JMPR¹⁸ deshalb gefordert, Prof. Hartwig bis zur Aufklärung aller Vorwürfe nicht mehr an der Bewertung von Glyphosat und anderen Stoffen zu beteiligen.

Liste: „Annahme der Berufung in die BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände und Erklärung zu eventuellen Interessenkonflikten“¹⁹

- Andreas Bergmann, Beamter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft bzw. der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit
- Monika Bross – Einkünfte als Leitende Angestellte der BASF SE, Ludwigshafen, Mitgliedschaft in Expertengremien der **ECPA** (European Crop Protection Association)²⁰ und Crop Life International
- Irvana Segert- Einkünfte aus der Beschäftigung bei der BASF SE, Mitgliedschaft in **ECPA** (European Crop Protection Association) und ECETOC TF on ED

¹⁷ <http://eurotoxis.de/>

¹⁸ Brief als pdf abrufbar: <https://www.gruene-bundestag.de/themen/agrar/keine-entwarnung-glyphosat-weiterhin-wahrscheinlich-krebserregend/seite-2-hintergrund-glyphosat-verflechtungen-der-entscheider-mit-der-industrie-17-05-2016.html>

¹⁹ <http://www.bfr.bund.de/de/suche.html> + Annahme der Berufung in die BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände und Erklärung zu eventuellen Interessenkonflikten sowie

http://www.bfr.bund.de/de/mitglieder_der_bfr_kommission_fuer_pflanzenschutzmittel_und_ihre_rueckstaende-189320.html

²⁰ ECPA -- <http://www.ecpa.eu/our-network>

- Karsten Hohgardt, Umsetzung von BfR Benehmen etc. in Risikomanagemententscheidungen des BVL, Mitgliedschaft in CCPR, Ständiger Ausschuss, OECD-RCEG²¹, AG Pestizide, AG Carry-over; BfR nimmt oder nahm selber an entsprechenden Sitzungen teil
- Martin Hommes, Julius Kühn-Institut, „Die in der Bewerbung unter Punkt 9 aufgeführten Gremien haben teilweise ein allgemeines Interesse am Aufgabenbereich des BfR“
- Magnus Jezussek, Mitgliedschaft in GDCh / LChG AG Pestizide
- Michael Klein, EFSA PPR Panel
- Frank Pierre Laporte, Mitarbeiter der Bayer S.A.S. (Sparte Bayer CropScience), Mitglied in Gremien wie **ECPA** ResEG (European Crop Protection Association - Residue Expert Group) oder CLI DEA (CropLife International - Dietary Exposure Assessment group); dieses Gremium befaßt sich mit Expositionsabschätzungen für genveränderte Pflanzen. Ist offenbar auch Mitglied in OECD-RCEG²²[4]
- Dirk Rautmann, Julius Kühn-Institut, keine Mitgliedschaften
- Jochen Riehle, Eurofins Dr. Specht Laboratorien, keine Mitgliedschaften
- Andreas Schäffer, Ich bin neben meiner Universitätstätigkeit (RWTH) Vorstandsvorsitzender des Forschungsinstituts für Ökosystemanalyse und -bewertung gaiac, Aachen. gaiac ist ein an die RWTH assoziiertes Aninstitut, das als KMU Forschungsaufgaben für Behörden, Industrie und Verbände durchführt. Ich bin nicht bei gaiac angestellt und erhalte keinerlei Vergütung für diese ehrenamtliche Tätigkeit.
- Gerrit Schüürmann, Mitglied der Wissenschaftsorganisationen GDCh und SETAC sowie im Expertengremium Chemikaliensicherheit der GDCh und der GT (Gesellschaft für Toxikologie). Scientific council on Environmental Footprint of EU office Equipment Products, BUW-Jury
- Jürg Andrea Zarn, Zeitweise Mitarbeit in PRAPeR Meetings der EFSA Berater für Pestizid Toxikologie beim JMPR der WHO/FAO.

Wollte man allein wieder zu einer zumindest gesellschaftlich paritätischeren Berücksichtigung von Industrieinteressen zurück kommen, wären allerdings bereits dafür bedeutsame Entwicklungsmaßnahmen vorzunehmen. Ein weiteres Beispiel dafür, warum sich die Industriepräsenz als Garant für Absatzmarktsicherung von Agrochemie-Produkten, Biotechsaaten und Düngemitteln bereits zutiefst verankert hat, ist das FORUM MODERNE LANDWIRTSCHAFT, FML. Das Who is Who des internationalen Agrobusiness paart sich hier mit Veterinärvertretern ebenso wie mit den traditionellen Bauernschaftsvertretungen²³. Der Vorstandsvorsitzende Joachim Rukwied ist wohl kaum zufällig gleichzeitig „Präsident Deutscher Bauernverband e.V.“.

Ein echter Wandel zurück zu einer (grund-)gesetzlich konformen Vertretung der Bevölkerungsinteressen durch den Staat in Europa wäre nur durch radikales Herausdrängen von Industrievertretern in Schlüsselstellungen möglich. Man möge sich nur einmal vorstellen, wenn an Stelle der ubiquitär präsenten Industrielobbyisten genauso viele unabhängige Wissenschaftler oder Bürgervertreter paritätisch präsent wären. Dies ist eine Frage des politischen Willens und machbar.

Wie geht's weiter mit Glyphosat?

Die EU-Kommission möchte sich offenbar nicht in die Schusslinie der zu erwartenden Welle von Protesten stellen und wird deshalb am 6.06.2016 statt einer Wiederzulassung eine Interimsverlängerung für 12 bis 18 Monate abstimmen lassen. Das ist bedenklich, zumal im Lauf der nächsten 4 Jahre mit einer Verdoppelung des Glyphosat-Einsatzes gerechnet wird. Dass diese neuerliche Verlängerung allerdings keine Lösung des Problems sein kann, ist offensichtlich. 2017 ist die Entscheidung der ECHA, Europäische Chemikalienagentur, zu erwarten, die derzeit eine Bewertung von Glyphosat in Bezug auf die Liste der 168 SVHC, der „Candidate List of substances of very high concern for Authorisation“, unter

²¹ OECD –RCEG Calculator Working Group: Steve Funk (EPA) *co-chair Philip Villanueva (EPA), Domingo Salazar (Syngenta) *co-chair Jane Stewart (BASF), Peter Craig (EFSA consultant), Kathryn Jernberg (DuPont), Frank Laporte (Bayer), Yury Sidorenko (BASF), Kieran Hyder (Syngenta), Dugald MacLachlan (AQIS, JMPR), Olaf Mosbach-Schulz (EFSA), Árpád Ambrus (Hungarian Food Safety Office)

²² OECD –RCEG Calculator Working Group: Steve Funk (EPA) *co-chair Philip Villanueva (EPA), Domingo Salazar (Syngenta) *co-chair Jane Stewart (BASF), Peter Craig (EFSA consultant), Kathryn Jernberg (DuPont), **Frank Laporte (Bayer)**, Yury Sidorenko (BASF), Kieran Hyder (Syngenta), Dugald MacLachlan (AQIS, JMPR), Olaf Mosbach-Schulz (EFSA), Árpád Ambrus (Hungarian Food Safety Office)

²³ <http://www.moderne-landwirtschaft.de/struktur-und-organisation.html>

Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips vornimmt. Diese Bewertung wird dann ein entscheidendes Faktum sein. Das Warten darauf lässt aber auch Raum und Gelegenheit, von Seiten der europäischen Zivilgesellschaft und internationalen Wissenschaftsgemeinschaft, die gefährlichen Folgen des unhaltbaren institutionellen Lobbyismus anzuprangern und Vorschläge zur Abhilfe zu machen.

Das europäische Vorsorgeprinzip²⁴ ist bisher nicht ausreichend garantiert und rechtlich abgesichert. Wird es generalisiert angewendet, werden wir in Zukunft von neuerlichen Debatten und Manövern wie derzeit um das Glyphosat verschont bleiben. Denn dann gilt bereits die Gefahrenabschätzung, um uns als Bevölkerung nicht mehr diesen gefährlichen industriellen Feldversuchen mit Strahlungen und Chemikalienexpositionen auszusetzen. Dieses Prinzip ist eine große politische Errungenschaft der EU und wir sollten umgehend dafür sorgen, dass es nicht nur impliziten, sondern gesetzlich verbrieften Verfassungsrang bekommt.

Kathrin Otte, GENUK e.V., Gemeinnütziges Netzwerk für Umweltkranke,
www.genuk-ev.de, vorstand@genuk-ev.de

Weitere Informationen zu der Position von GENUK e.V. zu Glyphosat:

http://www.genuk-ev.de/genuk_pm.html

06.01.2016 - Beitrag von Kathrin Otte, GENUK e.V., anlässlich der Anhörung des niedersächsischen Agrarausschuss zu den gesundheitlichen Folgen des Glyphosats

²⁴ Mitteilung der Kommission, „Die Anwendbarkeit des Vorsorgeprinzips“, 2000:... „Bei dieser Prüfung sind der allgemeine Grundsatz und die Rechtsprechung des Gerichtshofes zu berücksichtigen, wonach der Gesundheitsschutz wirtschaftlichen Erwägungen vorgeht.“